Redeentwurf zur
Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten
„Jetzt für morgen – Die große Transformation gemeinsam
gestalten“
für Andreas Schwarz
5. Plenarsitzung
am Donnerstag, 20. Mai 2021
im Landtag von Baden-Württemberg

Zeit: TOP beginnt 9.30 Uhr

Rededauer: freie Redezeit (1. Runde 30 Min. /
2. Runde 10 Min.)

Redereihenfolge:

SPD, Grüne, CDU, FDP, AfD,

zweite Runde: MP, SPD, FDP, AfD,
Grüne, CDU

- es gilt das gesprochene Wort -

Einleitung

Sehr geehrte Frau Präsidentin, / Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Jetzt für morgen“.

So haben wir unseren Koalitionsvertrag überschrieben.

„Jetzt für morgen.“

Diese drei Worte bringen auf den Punkt, worum es uns geht.

Denn wir stehen vor großen Herausforderungen.

Herr Ministerpräsident Kretschmann hat diese Herausforderungen
gestern bereits umrissen:

- Es geht um Klimaschutz,
- um die Innovationsfähigkeit unseres Landes
- und um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Das sind ambitionierte Ziele.

Das ist ein ambitioniertes Programm dieser Regierung.

**Ich verspreche den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-
Württemberg: Wir werden dieses ambitionierte Programm
umsetzen!**

Weltweit geht es darum, in den nächsten fünf Jahren die entscheidenden Hebel umzulegen, um die **Klimakrise** in den Griff zu kriegen.

Denn es geht um die Freiheit unserer Kinder und Enkelkinder, um den Erhalt eines lebenswerten Planeten.

Um die Klimakrise in den Griff zu bekommen, sind große Anstrengung notwendig. Und sie sind **jetzt** notwendig.

Dazu wollen wir in Baden-Württemberg unseren Beitrag leisten.

Denn unser Handeln heute entscheidet über die Zukunft unserer Kinder.

Ökologisch wie ökonomisch. Denn wenn wir jetzt für morgen investieren, in Klimaschutz und in Innovationen, dann sichern wir Zukunft – und wir sichern Wohlstand und gute Arbeitsplätze.

Und vergessen wir über die Klimakrise nicht die andere große ökologische Krise, das Artensterben.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode das Biodiversitätsstärkungsgesetz aufs Gleis gesetzt.

Das hat eine große Überschrift:

- Es geht **jetzt** darum, mit Landwirtschaft und Naturschutz gemeinsam gegen das Artensterben vorzugehen.

Dazu gehört die Reduzierung der Pflanzenschutzmittel genauso wie die Ausweitung des ökologischen Landbaus.

Da werden wir als Land voran gehen!

Dazu gehört ebenso eine faire Bezahlung für unsere Bäuerinnen und Bauern für ihre Leistungen.

Das setzen wir jetzt um – aber das ist nur ein Baustein des Gesellschaftsvertrags zwischen Landwirtschaft, Lebensmittelwirtschaft, dem Naturschutz und den Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Denn wir müssen darüber reden, wie wir Bauern und Bienen, bäuerliche Betriebe und die Artenvielfalt erhalten.

Kulturlandschaften und Wildnis, Nutzung und Schutz – beides gehört zusammen.

Und beides macht dieses schöne Land aus.

Baden-Württemberg ist nicht nur ein schönes Land,
Baden-Württemberg ist ein starkes Land.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg ein starkes Land bleibt.

Ein starker Industriestandort.

Das **Innovationsland Nummer eins**.

Das Land der Tüftlerinnen und Denker.

Wir sind überzeugt davon:

Das gelingt nur, wenn wir unsere Wirtschaft dabei unterstützen, sich neu zu erfinden.

Digitalisierung, Innovation und eine durchgehende Orientierung an nachhaltiger Entwicklung – das sind die Zutaten, die es **jetzt** braucht, damit Baden-Württemberg wirtschaftlich stark bleibt.

Deswegen führen wir den **Strategiedialog Automobilwirtschaft** fort.

Es geht darum, das Auto der Zukunft in Baden-Württemberg zu entwickeln und zu produzieren.

Und es geht darum, Mobilität nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten. Das gelingt nur mit Innovation!

Mobilität und Klimaschutz gehören eng zusammen.

Wir werden mit der **Mobilitätsgarantie** dafür sorgen, dass alle Orte im Land - , in den Städten und im ländlichen Raum – gut an den öffentlichen Verkehr angebunden sind.

Klimafreundliche Mobilitätsangebote erhöhen die Lebensqualität – und sie sind eine Grundvoraussetzung dafür, dass wir auf den 1,5-Grad-Pfad kommen und als Land unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wer sich in unserem Land umschaute, merkt schnell, dass es eine zweite prägende Branche gibt.

Das ist die Gesundheitswirtschaft. Deswegen setzen wir das **Forum Gesundheitsstandort** fort, den Strategiedialog für Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik.

Das sind Zukunftsbranchen.

Hochschulen, Forschungsstandorte, unsere Leuchtturmprojekte wie das Cyber Valley:

All das trägt gemeinsam dazu bei, dass Baden-Württemberg stark bleibt, ein industrielles Vorbild und ein Muster für andere!

Die Klimakrise bedroht uns **alle**.

Die Digitalisierung und die Transformation der Wirtschaft betrifft uns **alle**.

Beide Herausforderungen lösen wir nur gemeinsam.

Indem wir Umwelt und Wirtschaft zusammendenken.

Und indem wir uns bewusstmachen, was Baden-Württembergs Stärke ausmacht.

Das sind die Menschen, die hier leben.

Aber dieses Engagement, dieser **Zusammenhalt, der unsere liberale Demokratie ausmacht** – der steht unter Druck.

Baden-Württemberg zusammenzuhalten – das ist die dritte große Aufgabe dieser Koalition.

Menschen engagieren sich da, wo sie gerne leben. Wo sie geschätzt werden, und wo sie sich einbringen können.

Hier sind wir als Land gefragt, und hier sind die Kommunen gefragt.

Überall in unserem vielfältigen Land, in den Städten genauso wie im ländlichen Raum.

Deswegen setzen wir auf die Ehrenamtskarte. Das ist eine Anerkennung für die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren – in Sportvereinen genauso wie bei der Flüchtlingshilfe, bei der freiwilligen Feuerwehr genauso wie im Naturschutz.

Herzlichen Dank dafür!

Und wir setzen auf Bürgerbeteiligung bei großen Gesetzesvorhaben.
Keine Veränderung ohne Dialog!

Hier führen wir fort, was die Staatsrätin für Bürgerbeteiligung Gisela Erler begonnen hat.

Zusammenhalt und Engagement entsteht dort, wo Menschen in Freiheit und in Sicherheit leben.

Wir wollen, dass **alle Menschen** in unserem Land frei und sicher leben können.

Deswegen stärken wir unsere Polizei.

Deswegen kämpfen wir gegen Hass und Hetze. Das steht heute ganz oben auf unserer Agenda. Es muss leider dort stehen.

Und um eines ganz deutlich zu sagen:

Antisemitismus dulden wir nicht.

Egal von welcher Seite er geschürt wird.

Denn wir stehen an der Seite der israelitischen Gemeinden hier im Land!

Meine Damen und Herren,
Klimaschutz, Innovation, Zusammenhalt.

Dieser Dreiklang beschreibt die Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Denn es geht darum, Baden-Württemberg **jetzt** zu erneuern,
um das zu bewahren, was dieses Land ausmacht – damit Baden-
Württemberg morgen

- ein schönes und ein lebenswertes,
- ein starkes und ein vielfältiges Land bleibt.

Corona-Krise

Meine Damen und Herren,

dazu kommt eine Krise, die uns alle seit über einem Jahr wach hält.

Eine Krise, die in manchen Punkten wie ein Brennglas oder wie ein Katalysator wirkt.

Eine Krise, die uns ungeschönt vor Augen führt, wo unsere Gesellschaft Bruchstellen aufweist.

Denn trotz inzwischen sinkenden Zahlen ist die Pandemie nicht weg, ist Corona noch nicht überwunden.

Hier werden wir unseren Kurs fortsetzen: wir orientieren uns an den Fakten. Und wir werden alles dafür tun, das Leben und die Gesundheit der Menschen zu schützen!

Das hat Priorität, das steht im Vordergrund.

Beim Blick auf die Folgen der Corona-Krise geht es insbesondere auch um Kinder, um Jugendliche und um die junge Generation.

Denn wir haben jungen Menschen in den letzten Monaten sehr viel zugemutet.

Deswegen setzen wir jetzt einen Schwerpunkt in diesem Bereich.

Bei Kindergärten, bei Schulen, bei der Bildung und bei den Hochschulen.

Und dabei nehmen wir junge Menschen ganzheitlich in den Blick.

Es geht darum, Angebote dafür zu machen, nachzuholen, was an Lernstoff verpasst wurde.

Verpasster Lernstoff ist das eine. Genauso wichtig sind die fehlenden sozialen Kontakte und die Probleme, die daraus erwachsen.

Deswegen werden wir genau hinhören, welche weiteren Bedürfnisse bei jungen Menschen zu kurz gekommen sind.

Und weil wir junge Menschen in den Blick nehmen, werden wir im Rahmen der Wahlrechtsreform das Wahlalter auf 16 Jahre absenken.

Jahrzehnt der Entscheidungen, Bündnis für die große Transformation

Meine Damen und Herren,
die erfolgreiche Bekämpfung der Klimakrise,
die gelingende Transformation unserer Wirtschaft,
der Zusammenhalt unserer bedrohten Demokratie,
und der Umgang mit den Folgen der Corona-Krise.

Das sind die großen Aufgaben, vor denen Baden-Württemberg in den nächsten Jahren steht.

Wir wollen und wir werden diese mutig angehen.

Deswegen ist diese Koalition eine Koalition des Aufbruchs, des Neuanfangs.

Das passt zu dieser Zeit.

Zu der **Dekade der Entscheidungen**, die vor uns liegt.

Diese Koalition ist der Kern eines Bündnisses für die große Transformation, für die Erneuerung.

Denn wir wissen: die Politik kann Rahmenbedingungen setzen.

Sie **muss** Rahmenbedingungen setzen.

Mit Leben gefüllt werden diese jedoch

- von engagierten Bürgerinnen und Bürger,
- von einer kreativen und schaffigen Wirtschaft,
- von den Gemeinden und Städten in unserem Land.

„Jetzt für morgen“ – daran orientieren wir uns.

Gemeinsam. Und in einem Bündnis für das ganze Land.

Meine Damen und Herren,

unseren **Plan für die nächsten fünf Jahre** haben wir aufgeschrieben.

Denn das ist der Erneuerungsvertrag:

- unser Kursbuch dafür, wie wir die anstehenden Entscheidungen angehen wollen.

Baden-Württemberg neu zu erfinden, das ist ein großes Vorhaben.

Und es sind große Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Wir begegnen diesen mit Demut und Zuversicht.

Ich spreche von Demut, weil die Aufgaben groß und die Mittel der Politik bescheiden sind.

Zugleich bin ich zuversichtlich.

Ich bin zuversichtlich, weil wir auf der Stärke dieses Landes aufbauen.

Wir tun das gerade auch als eine Koalition, die breit im Land verankert ist.

Denn unser Bündnis ist ein Bündnis für das ganze Land.

Wir setzen auf das Zusammenspiel starker ländlicher Räume und starker Städte, auf das Zusammenspiel von Markt und Bürgergesellschaft.

Das sind gute Voraussetzungen.

Und ich bin zuversichtlich,

- weil wir einen guten Plan haben,
- weil wir uns auf sehr konkrete Vorhaben geeinigt haben.

**Damit werden wir Baden-Württemberg erneuern,
um das zu bewahren, was dieses Land ausmacht.**

Meine Damen und Herren,

Herr Ministerpräsident Kretschmann hat gestern bereits dargelegt, dass unser Erneuerungsvertrag sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren erstreckt.

Innerhalb dieses Zeitraums gilt es abzuschichten.

Einige Vorhaben werden wir sofort angehen.

- **Unser Klimaschutzprogramm.**
- **Die Wahlrechtsreform.**
- **Und selbstverständlich auch die Maßnahmen, um die Corona-Krise zu bekämpfen.**

Andere Vorhaben werden zu ihrer Zeit folgen.

Denn unser Koalitionsvertrag ist ein Plan für fünf Jahre, aber er ist definitiv kein Fünf-Jahres-Plan.

Deswegen greift Ihr Vorwurf auch ins Leere, Kollege Stoch.

Es zeichnet eine lebendige Demokratie doch gerade aus, dass die Konkretisierung der gemeinsam vereinbarten Vorhaben im Dialog geschieht.

Und genau so werden wir es handhaben.

Wir haben uns auf Ziele, auf gemeinsame Projekte geeinigt.

Und wir werden das, was wir vereinbart haben, umsetzen.

Das ist unser Anspruch als führende Fraktion in dieser Regierung.

Das sagen die anderen

Meine Damen und Herren,

ich freue mich, dass unser Erneuerungsvertrag intensiv gelesen wurde.

Der **VDMA Baden-Württemberg** begrüßt die Schwerpunktsetzung der neuen Landesregierung bei den Themen Klimaneutrale Produktion und Digitalisierung. Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg habe gute Chancen, hier eine internationale Vorreiterrolle einzunehmen, heißt es aus dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V.

Voraussetzung sei, dass die Politik hier die richtigen Rahmenbedingungen für den Wettbewerb schafft und dass der Wissenstransfer in den Mittelstand gelingt – genau darum geht es uns!

Und auch der **Handwerkstag** äußert sich sehr positiv und unterstreicht den Gestaltungswillen der Koalitionspartner. Das Handwerk sieht in der Fortführung und Ökologisierung der Zukunftsinitiative ‚Handwerk 2025‘ ein starkes Signal.

Und auch hier zeigt sich: Umwelt und Wirtschaft zusammen zu denken – das bringt Investitionen hervor, das schafft Arbeitsplätze, und das gibt gerade dem Handwerk Aufträge! **Deswegen sehen wir Handwerk und Mittelstand als wichtige Partner in unserem Bündnis!**

Der **Naturschutzbund** ist „einigermaßen begeistert“ und unterstreicht die ambitionierten Ziele des Erneuerungsvertrags für den Klimaschutz. Er begrüßt die Vorhaben für den Naturschutz und das klare Bekenntnis zu zehn Prozent Prozessschutzfläche im Staatswald.

Gemeinsam mit **Transparency International** und **Mehr Demokratie** begrüßt der Naturschutzbund das Ziel, die öffentliche Verwaltung nicht nur zu modernisieren, sondern noch transparenter zu machen.

Ja, es gibt Kritik.

Das gehört dazu.

Bei manchen Vorbehalten frage ich mich allerdings, in welchem Land deren Urheber die letzten zehn Jahre verbracht haben.

Ein Beispiel:

Wir haben in den letzten zehn Jahre die Polizei deutlich gestärkt und deren Ausrüstung modernisiert.

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, diesen Kurs fortzusetzen.

Unser Leitbild ist dabei das einer im ganzen Land präsenten Polizei, einer bürgerfreundlichen Polizei.

Denn wir wollen, dass **alle** Menschen in unserem Land sicher und frei leben können.

Wenn jetzt aus den Polizeigewerkschaften heraus das von uns geplante Landesantidiskriminierungsgesetz in Frage gestellt wird, dann liegt hier meines Erachtens ein Verständnisfehler vor.

Denn dieses Gesetz schließt eine Lücke.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz des Bundes setzt seit 2006 die Antidiskriminierungsrichtlinie der EU im privatrechtlichen Bereich um. Das ist eine Grundlage, um gegen Diskriminierung im Wirtschaftsleben vorzugehen – egal, ob es um die Hautfarbe, das Alter, das Geschlecht oder um die sexuelle Identität geht.

Im öffentlichen Recht, überall da, wo Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat in Kontakt stehen, fehlt ein solches Gesetz bisher.

Diese Lücke schließen wir. Auch um das Vertrauen in die Polizei und in alle öffentlichen Stellen zu stärken.

Das betrifft dann beispielsweise die Vergabe von Gaststättenkonzessionen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Dienstleistungsgewerkschaft (verdi) begrüßen das geplante Gesetz.

Ich lade die Polizeigewerkschaften ebenso wie alle anderen Gewerkschaften ein, mit uns in einen konstruktiven Dialog dazu zu treten.

Denn ein solches Vorgehen gegen Rassismus und gegen Diskriminierung jeder Art ist doch dringend notwendig, damit alle Menschen in Baden-Württemberg sicher und frei leben können!

Und auch manche **Kritik aus der Opposition** erinnert schon sehr an das verzweifelte Suchen nach einer faulen Stelle an einem makellosen Apfel.

Entsprechend wenig Substanzielles war zu hören.

Diese Regierung hat ein Ministerium mehr als 2016.

Das stimmt.

Dass Ministerien geschaffen werden, um dringende Aufgaben gezielt und mit Priorität anzugehen, ist nun keine ganz neue Erfindung.

Ich erinnere daran, dass die SPD 2011 auf die Einführung eines Integrationsministeriums bestand.

Und der Wohnungsbau genauso wie die Landesentwicklung sind – da dürfte auch bei Ihnen kein Zweifel bestehen – nun in der Tat dringende Aufgaben für Baden-Württemberg.

Es ist der Bedeutung dieser Themen angemessen, wenn sie nun durch eine Ministerin vertreten werden.

Und wir gehen noch weiter.

Mit dem Strategiedialog Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen bringen wir die soziale Frage und die ökologische Frage zusammen. Klimaschutz beim Bauen und bezahlbares Wohnen überall im Land – das gehört für uns zusammen!

Deswegen werden wir diese Aufgabe kraftvoll und mit viel Schwung angehen!

Dann wird uns vorgehalten, die Zahl der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sei gewachsen.

Die Zahl ist gewachsen. Ja, das ist korrekt.

Und es gibt gute Gründe dafür.

Denn wir haben in den letzten Jahren festgestellt, dass die sehr schlanke Besetzung der Häuser in Baden-Württemberg immer wieder zu Terminproblemen geführt hat.

Deswegen ist es richtig, dass jede Ministerin und jeder Minister jetzt von einem Staatssekretär oder einer Staatssekretärin unterstützt wird.

Es geht hier also um sachliche Abwägungen.

Darum, eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre nicht unter „ferner liefern“ stattfinden zu lassen.

Und es geht darum, dass wir unseren Politikstil des Dialogs etablieren und weiterentwickeln.

Dafür ist eine angemessene Ausstattung der Häuser gerade im Leitungsbereich notwendig.

Deswegen habe ich kein Verständnis dafür, wenn jetzt diese im Verhältnis zum Landeshaushalt kleinen Punkte so aufgeblasen werden, wie Sie hier das tun!

Nachhaltige Finanzpolitik, Ordnungspolitik, globale Perspektive

Meine Damen und Herren,

wir haben in unseren Erneuerungsvertrag einen **Haushaltsvorbehalt** eingefügt.

Die Steuerschätzung liegt erst seit wenigen Tagen vor, und sie bestätigt unsere Ahnungen.

Zumindest jetzt, in der direkten Folge des Corona-Jahrs, müssen wir mit erheblich weniger Geld auskommen. Auf unseren neuen Finanzminister kommt hier also eine schwierige Aufgabe zu.

Gleichwohl gibt es Anlass für vorsichtigen Optimismus.

Wenn es uns gelingt, die Folgen der Corona-Krise in den Griff zu bekommen, dann können wir wieder zuversichtlich in die Zukunft schauen.

Als Exportland schauen wir dabei über den Tellerrand!

Dann sehen wir: es liegt in unserem Interesse, diese Pandemie einzudämmen. Wir sind abhängig von globalen Lieferketten. Wir leben vom Handel mit der Welt, mit Europa.

Und wir werden uns für dieses Ziel einsetzen.

Eine Politik der Abschottung wäre der völlig falsche Weg.

Im globalen Maßstab gilt wie hierzulande:

nur gemeinsam schaffen wir es aus der Krise.

Anderen Ländern zu helfen, die Pandemie zu überwinden, ist ein Gebot der Menschlichkeit.

Und das gilt nicht nur für diese Krise.

Auch die Klimakrise bewältigen wir nur gemeinsam.

**Deswegen kann ich klar sagen: wir GRÜNE stehen für
Zusammenarbeit, für gegenseitige Unterstützung – in Europa und
weltweit.**

Zurück zum Landeshaushalt.

Dass wir den Haushaltsvorbehalt in den Koalitionsvertrag eingefügt haben, das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Nicht jeder sagt es so deutlich wie wir, aber jeder Koalitionsvertrag steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

Schauen Sie doch einmal in den Koalitionsvertrag in Rheinland-Pfalz, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von der FDP.

[Wenn Sie diesen gerade nicht zur Hand haben, zitiere ich es Ihnen gerne:

„Wir brauchen deshalb weiterhin eine konsequente Begrenzung und Priorisierung der Ausgaben des Landes. Angesichts der unsicheren Haushaltslage stehen alle in diesem Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben unter einem Finanzierungsvorbehalt.

Neue Maßnahmen lassen sich nur umsetzen, wenn die dazu notwendigen Mittel durch strukturelle Entlastungen des Haushalts erwirtschaftet werden.“

Alles richtig! Der Haushaltsvorbehalt ist also keine baden-württembergische Erfindung.]

Denn es ist doch so: Die Verhandlungen über den Koalitionsvertrag sind politische Verständigungen über gemeinsame Ziele und Vorhaben politischer Parteien.

Es sind keine Haushaltsverhandlungen.

Denn das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments.

Wie groß wäre wohl der Aufschrei gewesen, wenn am Parlament vorbei im Koalitionsvertrag genau vereinbart worden wäre, wo in den nächsten fünf Jahren gespart und was in welcher Höhe priorisiert wird?

Unser explizit gemachter Haushaltsvorbehalt ist also schlicht eine Frage der politischen Ehrlichkeit.

Meine Damen und Herren,

die **Haushaltsslage** wird uns in den nächsten Jahren immer wieder beschäftigen.

Es gehört zum Gesamtpaket der Nachhaltigkeit, mit unseren finanziellen Ressourcen verantwortlich umzugehen.

2011 haben wir einen Schuldenberg von rund 45 Mrd. Euro vorgefunden.

Als erste Regierung in Baden-Württemberg überhaupt haben wir 2011 begonnen, diesen Schuldenberg abzutragen.

Diesen Kurs hat Finanzministerin Sitzmann fortgeführt.

Und damit sind wir gut gefahren. Das bleibt unsere Grundorientierung.

Zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik,
- zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik -
gehört nicht nur der Blick auf die finanziellen Schulden, sondern auch
der Blick auf das Vermögen des Landes und dessen Erhalt.

Denn es hilft nichts, wenn Investitionen in den Erhalt des
Landesvermögens – seien es Straßen oder Gebäude - auf die lange
Bank geschoben werden und so zu einem späteren Zeitpunkt umso
teurer kommen.

Zugleich haben wir Grüne uns mit der CDU verständigt, die Finanzpolitik
des Landes am 1,5-Grad-Ziel ausrichten.

Das heißt beispielsweise, das Anlagevermögen des Landes noch stärker
an Klimakriterien auszurichten.

Ebenso werden wir die Förderprogramme evaluieren. Dabei gilt explizit
ein Klimavorbehalt: Dient ein Förderprogramm dem Klimaschutz, oder ist
es kontraproduktiv?

Dann werden wir es streichen.

**Denn Maßnahmen, die sich nicht bewährt haben, werden wir nicht
fortführen.**

Meine Damen und Herren,

zugleich rückt unter dem Vorzeichen der Haushaltslage stärker in den Vordergrund, was eigentlich der Kern von Politik ist:

nämlich Rahmenbedingungen zu gestalten und Regeln zu setzen.

Das heißt: dort, wo wir unsere Ziele mit ordnungspolitischen Mitteln erreichen können, haben diese Vorrang.

Das betrifft insbesondere den Klimaschutz.

Denn dort sind wir dann gut, wenn wir den Rahmen so setzen, dass andere in Klimaschutz investieren. Die Wirtschaft genauso wie Privatleute.

So können neue Geschäftsmodelle entstehen.

Damit das passiert, sind klare Regeln notwendig.

Und diese werden ja auch – völlig zu Recht – von der Wirtschaft eingefordert.

Dort, wo wir die Regeln setzen können, tun wir das.

Und dort, wo der Bund oder wo Europa zuständig sind, wird unsere ganze Anstrengung darauf gerichtet sein, dass hier klug gehandelt wird und die richtigen Rahmenbedingungen festgeschrieben werden.

Wenn im Land, im Bund und in Europa die Ampeln auf grün stehen, kann die Wirtschaft planen und investieren.

Das ist gut für unser Land – und es ist gut fürs Klima.

Ja, ich bin überzeugt davon: wirtschaftlicher Erfolg wird in den nächsten Jahren nur möglich sein, wo Klimaschutz und Ökologie mitgedacht werden.

Klimaschutz wird auf Technologie „made in Baden-Württemberg“ aufbauen.

Das ist unser Anspruch!

Und auch deswegen ist es richtig, die **Europapolitik** wieder ins Zentrum der Regierung geholt zu haben.

Denn wir sind ein Motor Europas, wir sind ein Land, das die Europäische Union mitgestalten kann und mitgestalten will.

Das gehört zu unserem Selbstverständnis, und das zeichnet Baden-Württemberg weiterhin aus.

Wir sehen unsere Klimaschutzpolitik als Ansporn für den European Green Deal – und wir lassen uns davon beflügeln. Beides ist eng miteinander verzahnt.

Und wir bringen unsere Ideen

- für eine demokratische,
- für eine nachhaltige und
- für eine konsequent an den gemeinsamen Werten ausgerichtete Europäische Union der Bürgerinnen und Bürger in den Kongress der Zukunft Europas ein, der vor wenigen Tagen gestartet ist.

Damit sind wir auf einem durch und durch europäischen Weg!

Das ist der richtige Weg!

100-Tage-Programm

Meine Damen und Herren,

Klimaschutz, Innovation, Zusammenhalt – und die Bekämpfung der Corona-Krise.

Wir haben uns in dieser Koalition auf klare Prioritäten geeinigt.

Damit legen wir jetzt los.

Und ich mache das gerne ganz konkret.

In den **ersten hundert Tagen** werden wir drei Vorhaben angehen:

- wir werden die ersten Maßnahmen aus unserem Klimaschutzsofortprogramm umsetzen,
- wir werden die Wahlrechtsreform auf den Weg bringen,
- und wir werden ein umfangreiches Post-Corona-Paket auflegen.

Klimaschutzsofortprogramm

Meine Damen und Herren,

vor wenigen Tagen hat das Bundesverfassungsgericht ein Urteil gefällt, dass sich auf einen Satz verkürzen lässt:

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.

Manche haben geglaubt, es sei Symbolpolitik, dass der Klimaschutz im Grundgesetz steht.

Spätestens seit diesem Urteil ist klar, dass es sich dabei um weit mehr handelt.

Die Freiheit zukünftiger Generationen hat jetzt Verfassungsrang.

Und damit sind harte Anforderungen gekoppelt, jetzt alles zu unternehmen, um diese zukünftige Freiheit sicherzustellen.

Das erfordert klare und wirksame Maßnahmen auf allen politischen Ebenen.

Und es unterstreicht noch einmal: unser Klimaschutzgesetz und unser Klimaschutzsofortprogramm, das ist der richtige Weg.

Diesen Weg werden wir engagiert weitergehen.

Wir werden das Tempo beschleunigen.

Und wir legen die Priorität auf all das, was sofort machbar ist.

Dazu gehört insbesondere die **Solarpflicht** für Wohngebäude und Dachsanierungen.

Diese kommt, und diese setzt ganz erhebliche Investitionsanreize.

Denn unsere Dächer sind eine Infrastruktur zur Energiegewinnung.

Ebenso wie unsere Landesstraßen, wie Brachflächen und Parkplätze.

Wir werden Vorhaben etwa zur Agrophotovoltaik ausbauen, und wir werden die Windkraftplanung erheblich beschleunigen.

Dazu setzen wir als ersten Schritt eine Taskforce Windkraft ein.

Wir werden für Beschaffungen und Ausschreibungen ebenso wie bei der Sanierung landeseigener Gebäude einen **CO₂-Schattenpreis** einführen.

Das ist ein marktwirtschaftliches Instrument, um die Freiheit zukünftiger Generationen bei heutigen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Klimaschutz kann nur gelingen, wenn wir in allen Bereiche handeln. Deshalb haben wir eine **Mobilitätsgarantie** vereinbart, so dass alle Orte im Land von früh bis spät an allen Tagen der Woche mit einem Angebot des öffentlichen Nahverkehrs erreichbar sind.

Das ist in vielen Ecken des Landes schon eine Selbstverständlichkeit. Aber nur, wenn die Mobilitätsgarantie flächendeckend im ganzen Land wirkt, können sich Menschen unabhängig von ihren Fahrtzielen für ein klimafreundliches, öffentliches Verkehrsangebot entscheiden.

Das wird vielleicht nicht von heute auf morgen gelingen.

Wir starten jetzt mit dem Klimaschutzsofortprogramm. Und wir setzen den Bohrer bei den dicken Brettern an.

Bei der Mobilitätsgarantie tun wir das gemeinsam mit den Gemeinden, den Städten und den Landkreisen.

Dabei setzen wir auf den **Mobilitätspass** als innovatives Finanzierungsinstrument.

So wird der Umstieg Richtung klimafreundliche Mobilität gelingen!

Auch an dieser Stelle denken wir an die junge Generation. Nicht nur, weil es um deren Zukunft geht – mit einem **landesweiten Jugendticket für Bus und Bahn** wird klimafreundliche Mobilität für junge Menschen erschwinglich.

Denn wir wollen nicht auf Mobilität und Austausch verzichten, sondern auf Treibhausgasemissionen!

Mehr Fahrten mit Bus und Bahn, ein landesweites Jugendticket – das sind wichtige Voraussetzungen für klimafreundliche Mobilität.

Neben den Maßnahmen des Sofortprogramms steht ein weiterer wichtiger Schritt an:

Wir werden das Klimaschutzgesetz novellieren.

Der Klimaschutz wird diese Koalition prägen.

Und er wird die kommenden Jahre prägen.

Das Jahrzehnt der Entscheidungen – die Jahre, in denen sich entscheidet, ob wir unseren Kindern und Enkelkindern ein lebenswertes Land hinterlassen.

Dieser Aufbruch beginnt heute. Und er beginnt mit der Umsetzung unseres Klimaschutzs Sofortprogramms!

Wahlrechtsreform

Meine Damen und Herren,

diese Koalition ist nicht einfach eine Fortsetzung, sie ist eine neue Koalition.

Neben dem gemeinsamen Engagement für den Klimaschutz wird dies vielleicht am deutlichsten beim Thema Wahlrecht.

Baden-Württemberg ist bunter und vielfältiger, als es dieser Landtag abbildet.

Daran hat unser Wahlrecht seinen Anteil.

Deswegen werden wir in den ersten hundert Tagen die ersten Bausteine der Wahlrechtsreform aufsetzen.

Das ist die Wahlaltersenkung, und es ist das Zweistimmwahlrecht.

Jugendliche und junge Menschen wurde in den letzten Monaten viel zugemutet.

Gleichzeitig entscheidet sich jetzt sehr grundlegend, wie die Zukunft dieser Generation aussieht.

Unser aktives Wahlrecht auf Landesebene fängt – anders als bei den Kommunen – noch immer erst bei 18 Jahren an.

Politisches Interesse beginnt jedoch früher. Gerade jetzt, wo es um Entscheidungen geht, die die Zukunft dieser Generation betreffen, ist das sehr deutlich zu spüren.

Deswegen werden wir das aktive Wahlalter im Landtagswahlrecht auf 16 Jahre senken.

Und wir werden endlich ein Versprechen einlösen, das dieses Haus grundlegend verändern wird.

Wir werden ein echtes Zweistimmenwahlrecht mit einer Landesliste einführen.

Die Gespräche mit den Oppositionsfraktionen darüber werden wir nach den Pfingstferien aufnehmen.

Wir erwarten uns davon, dass dieser Landtag in Zukunft die Realität des Landes besser widerspiegeln wird.

Das betrifft den Anteil der Frauen, bei dem wir immer noch auf einem der hinteren Plätze liegen – und das in einem Land, das durch starke Frauen geprägt wurde.

Und es betrifft die gesellschaftliche Vielfalt insgesamt.

Senkung des Wahlalters und Öffnung des Wahlrechts hin zu einem Listenwahlrecht – das sind die beiden Bausteine der Wahlrechtsreform, die wir sofort angehen werden.

Dafür bitte ich Sie alle um Ihre Unterstützung!

Corona-Paket

Meine Damen und Herren,

ich hatte es bereits angesprochen: die Corona-Pandemie wird uns weiter auf Trab halten.

Beim Impfen gibt es in den letzten Tagen erfreuliche Entwicklungen.

Wir sind allerdings abhängig von den Impfstofflieferungen durch den Bund, die noch immer nicht zuverlässig erfolgen.

Dennoch nimmt die Zahl der zweimal geimpften Menschen in Baden-Württemberg jetzt schnell zu.

Und bei den älteren Jahrgängen, bei den Seniorinnen und Senioren, erreichen wir jetzt einen fast flächendeckenden Impfschutz.

Das sind gute Nachrichten für alle Kinder, die jetzt wieder ihren Opa oder ihre Oma besuchen können.

Die Inzidenz sinkt.

Das ermöglicht erste Lockerungen, verbunden mit strengen Testkonzepten.

Das ist ein Lichtblick für die Gastronomie genauso wie für Kunst und Kultur.

Aber wir möchten es nicht bei dieser Momentaufnahme belassen.

Wir werden in den ersten 100 Tagen ein systematisches Neustartprogramm für die Innenstädte auf den Weg bringen.

Dabei geht es

- um den stationären, inhabergeführten Einzelhandel,
- um die Gastronomie,
- und um Kunst und Kultur in unseren Städten und Gemeinden.

Sie alle haben nach der langen Durststrecke unsere Unterstützung verdient.

Deswegen legen wir das Neustartprogramm auf.

Denn unsere Innenstädte und Ortskerne, Kinos, Clubs und Bühnen brauchen Unterstützung für einen Neustart, für einen Aufbruch nach der Pandemie.

Und den bekommen sie!

Meine Damen und Herren,

unsere neue Kultusministerin arbeitet bereits mit Hochdruck daran, im Dialog mit den Schulen Lernbrücken aufzusetzen.

Es ist erfreulich, dass die Schulen fast überall im Land wieder in Richtung Präsenzunterricht gehen können.

Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, die Schulleitungen – und die Eltern, die Familien – sie alle haben in den vergangenen Monaten großes geleistet.

Sie haben unter erschwerten Bedingungen gezeigt, dass Bildung nicht aufgehoben werden kann.

Dafür gebührt allen Beteiligten großer Dank und große Anerkennung!

Dennoch konnten nicht alle Schülerinnen und Schüler erreicht werden.

Deswegen werden wir es den Schulen ermöglichen, Lernbrücken aufzubauen.

Basierend auf einer Lernstandserhebung – und als Angebot, um nachzuholen, was in den letzten Monaten verpasst wurde.

Auch das ist etwas, das wir dieser jungen Generation schuldig sind.

Ich möchte aber noch etwas weiter ausholen.

Zum einen wäre es falsch, sich alleine auf Schule zu konzentrieren.

Der Jugendgipfel des Sozialministers hat gezeigt, dass viele Kinder und Jugendliche in den letzten Monaten unter fehlenden Kontakten gelitten haben.

Sport, Parties, Treffen mit Gleichaltrigen – all dies konnte nicht oder nur sehr eingeschränkt stattfinden.

Ebenso möchte ich die Hochschulen ansprechen – es gibt Studierende, die im dritten Semester keinen einzigen Tag ihre Hochschule von innen gesehen haben werden; in einem prägenden Lebensabschnitt sind das tiefe Einschnitte.

Ich möchte mich auch hier für das große Engagement und Durchhaltevermögen der Studierenden und der Hochschullehrkräfte bedanken. Auch hier hören wir genau hin.

(Heute lädt die Wissenschaftsministerium Studierende zum Austausch ein. Denn es geht uns um den Dialog, ums Zuhören.)

Und ich sage zu: all diese Dinge, die versäumt wurden, und die nicht so leicht nachzuholen sind, die geraten nicht in Vergessenheit.

Nein, ganz im Gegenteil: der Fokus auf die junge Generation wird die Politik dieser Koalition entscheidend mitbeeinflussen!

Zum anderen hat Corona uns auch noch einmal vor Augen gehalten, wo unser Schulsystem selbst Defizite aufweist.

Wer auf individualisiertes Lernen gesetzt hat, ist besser durchgekommen, - und wer noch keine Erfahrungen mit digitalisierten Lehr- und Lernformaten gemacht hat, der hatte eine steile Lernkurve vor sich.

Aus diesen Defiziten gilt es zu lernen. Deswegen wird die Digitalisierung der Schulen ein zentrales Vorhaben dieser Regierung sein.

Das Innovationsprogramm Digitale Schule betrifft die Pädagogik, genauso wie die Technik, wie die Infrastruktur. Beides muss zusammen gedacht werden.

Wir werden die digitale Schulentwicklung gezielt unterstützen, und wir werden den Schulen datenschutzkonforme Materialien und Anwendungen empfehlen.

Dabei gilt es, von den besten Schulen zu lernen und gleichzeitig einen rechtssicheren Rahmen für alle Schulen aufzuspannen.

So bringen wir Innovation und Verlässlichkeit zusammen!

In der mittelfristigen Perspektive werden wir in einen Dialog über Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert treten.

Denn die geteilte Verantwortung von Land und Kommunen darf nicht dazu führen, dass Schulen in die Lücke fallen.

Und auch im Hinblick auf die digitale Lehre schaue ich noch einmal auf die Hochschulen. Deren Erfahrungen mit Online-Seminaren und digitalen Veranstaltungen werden wir systematisch und im Dialog auswerten und schauen, was davon „nach Corona“ übernommen werden kann.

Meine Damen und Herren,

„aus Corona lernen“ ist eines der Leit motive, die wir beim Schreiben des Erneuerungsvertrages vor Augen hatten.

Denn diese Krise hat sehr grundlegende Fragen aufgeworfen. Unsere Arbeitswelt und unser Bildungssystem werden „nach Corona“ nicht die gleichen sein, wie sie es „vor Corona“ waren. Wir haben gemerkt, wo wir als Gesellschaft resilient und widerstandsfähig sind – und wo es Lücken gab, etwa in der Aufstellung des öffentlichen Gesundheitsdienstes oder bei der Digitalisierung der Verwaltung.

Wir wollen dieses Lernen aus Corona systematisiert angehen.

Deswegen werden wir dem Landtag vorschlagen, eine Enquete-Kommission dazu einzurichten.

Dazu werden wir noch vor den Sommerferien das Gespräch mit der Opposition suchen, um diesen Lernprozess zügig starten zu können.

Und auch dafür bitte ich jetzt schon um Ihre Unterstützung!

Schlussteil: Mut, neue Wege zu gehen

Meine Damen und Herren,

die Corona-Krise hat in den letzten Wochen und Monaten ein Stück weit die großen Herausforderungen überdeckt.

Klimaschutz, Innovation, Zusammenhalt – das sind die Themen, die diese Koalition prägen.

Das sind die Themen, die wir gemeinsam angehen werden.

Und das sind die Themen, bei denen wir allen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land etwas **zutrauen** und etwas **zumuten**.

Denn um zu bewahren, was Baden-Württemberg ausmacht – seine Schönheit, seine Stärke, seine Vielfalt – um all das zu bewahren, ist Veränderung notwendig.

Das heißt auch, Dinge loszulassen, sich zu orientieren und neue Wege zu gehen.

Das heißt: aufzubrechen und Baden-Württemberg zu erneuern.

Es ist unsere Aufgabe, hier Halt und Orientierung zu geben.

Deswegen haben wir unseren Plan aufgeschrieben.

Wir trauen es den Menschen in Baden-Württemberg zu, diesen Aufbruch zu wagen.

Denn Veränderung gelingt nicht, wenn sie von oben verordnet wird.

Veränderung gelingt, wenn Menschen von einer Idee überzeugt sind!

Deswegen setzen wir auf Dialog.

Und deswegen rufen wir die Bürgerinnen und Bürger auf, Baden-Württembergs Neuaufbruch mit zu gestalten!

Der Mut, neue Wege zu gehen, wird diese Koalition prägen.

Inhaltlich wird der **Klimaschutz** das grüne Band sein, das diese Koalition zusammenhält.

Und es wird eine Koalition werden, die in ganz besonderem Maß den Blick auf die **junge Generation** lenken wird.

Beim Klimaschutz, wie es und das Bundesverfassungsgericht mit Blick auf die Freiheitsrechte zukünftiger Generationen ins Stammbuch geschrieben hat.

Beim Wahlrecht und bei der Beteiligung.

Und ganz konkret, wenn es darum geht, aufzuholen, was Kinder, Jugendliche und junge Menschen in der Corona-Krise verpasst haben.

Klimaschutz, Innovation und Zusammenhalt.

Das sind die Themen, - und es sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Jetzt stehen die wichtigen Entscheidungen für diese Themen an.

Die Zwanziger Jahre sind das Jahrzehnt der Entscheidungen.

Dieses Zeitfenster werden wir nutzen.

Entschlossen und kraftvoll.

Gemeinsam mit den Menschen im Land.

Damit Baden-Württemberg das schöne und starke Land bleibt, das wir schätzen – vielfältig, weltoffen und vorne dabei.

Herzlichen Dank!